

JU

JUNGE UNION
BERGISCHES LAND



Fluchtursachen bekämpfen - Wege in eine gesicherte Zukunft!

Velberter Erklärung vom 10. Oktober 2015



Seit Monaten strömen hunderttausende Flüchtlinge nach Europa und bevorzugt nach Deutschland. Insgesamt geht man von weltweit 60 bis 70 Mio. Menschen aus, die sich aktuell auf der Flucht befinden. In dem Kontext kann von Völkerwanderungen und nicht mehr nur krisenbedingter Flucht gesprochen werden.

Derzeit geht man für das Jahr 2015 von mindestens 1 Mio. Menschen aus, die dabei alleine nach Deutschland kommen bzw. noch kommen werden. Ein weiterer Anstieg ist nicht ausgeschlossen.

Trotz öffentlicher und medialer Kritik, wird Deutschland unter Bundeskanzlerin Angela Merkel dabei bislang seiner Verantwortung in bewundernswerter Weise gerecht. Nicht nur seiner Verantwortung, erwachsen aus dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Asyl, sondern auch seiner gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und humanitären Rolle in der Welt.

Jedoch ist angesichts der politischen Lage im Nahen Osten und der wirtschaftlichen Missstände in anderen europäischen Staaten und Afrika eine Entspannung oder gar eine Trendwende der Migrationsbewegungen in den kommenden Jahren nicht abzusehen.

Doch ist diese Kraftanstrengung nicht auf Dauer leistbar. Bundespräsident Gauck sagte in seiner Rede zum Auftakt der interkulturellen Woche im September: "Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich. Unser Asyl- und Flüchtlingsrecht bemisst sich nicht nach Zahlen, und doch wissen wir unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn wir nicht genau wissen, wo die Grenzen liegen." So gilt es nun einen zukunftsfähigen Weg zu finden und nicht so weiter zu machen, wie bisher.

Verfassungsrechtliche Verantwortung

Aus Sicht der Jungen Union Bergisches Land ist es unerlässlich, eine klare Trennung zwischen Asyl- und Zuwanderungsrecht vorzunehmen. Angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen muss klar sein: Bei einer realistischen Betrachtung der anhaltenden Lage und langfristig tragfähigen Bewältigung der Krise, kann und darf auf eine Differenzierung zwischen Flüchtlingen, die wegen politischer Verfolgung (geschützt durch Art. 16a GG) oder Krieg aus ihrer Heimat fliehen (Genfer Flüchtlingskonvention) und Migranten, die auf Grund wirtschaftlicher Verhältnisse aus ihren aktuellen Aufenthaltsorten oder Heimatländern (Wirtschaftsflüchtlinge) fliehen,

nicht verzichtet werden. Dies ist notwendig, um Menschen, denen das verfassungsrechtlich geschützte Asylrecht zusteht, eine menschenwürdige Versorgung garantieren und angemessenen Schutz bieten zu können. Die begrenzte Aufnahmekapazität Deutschlands darf dabei nicht überschritten werden. Diese muss unter Hinzuziehung der Expertisen maßgeblich beteiligter Organisationen ermittelt werden.

Ein Augenmerk muss auf eine rasche Antragstellung und Registrierung gerichtet werden. Nur durch ordnende Strukturen kann ein Missbrauch der Aufnahmebereitschaft verhindert werden. Derzeit befinden sich teilweise bis zu 50% unregistrierte Personen in Aufnahmeeinrichtungen. Bei Folgeantragstellern müssen stark beschleunigte Verfahren eine zügige Ausreise fördern.

Verantwortung für Deutschland

Seit mittlerweile Monaten bewältigen Bürger, Hilfsorganisationen und Behörden gemeinsam eine der bislang größten Kraftanstrengungen in der Geschichte der Bundesrepublik. All diesen Menschen gilt unser Respekt und Dank. Damit zeigt sich Deutschland so, wie wir es als Junge Union verstehen. Damit gilt es dem braunen Sumpf aber auch den linken Antideutschen zu zeigen, wer die wirkliche Vorherrschaft in der deutschen Meinungskultur hat.

Es gilt trotz allem aber auch die Ängste und Sorgen der Bürger ernst zu nehmen und gerecht zu werden. Wenn Kommunen plötzlich binnen weniger Wochen eine Verdoppelung der Einwohnerzahl erfahren, ist eine Verunsicherung nicht zu verhindern.

Deshalb fordert die JU BL die Schaffung eines Masterplans auf Bundes- und Länderebene. Dazu gehört auch die vollumfängliche Übernahme der finanziellen Belastung und damit Entlastung der Kommunen. Vor allem bedarf es hierzu einer strukturierten Planung der Errichtung von Unterbringungseinrichtungen.

Während CDU und CSU geführte Bundesländer 100 Prozent der Kosten für Flüchtlinge übernehmen, lässt Nordrhein-Westfalen seine Kommunen im Stich. Nur ein Bruchteil der Bundesmittel wird weitergeleitet, der Rest versickert im Haushalt des Landes. Die vom Bund bereitgestellten Mittel müssen auch endlich in Nordrhein-Westfalen vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden.

Nur durch eine gesamtdeutsche Betrachtung der Krisensituation, ist eine

Bewältigung der akuten Lage denkbar. Dazu braucht es eine ausgewogene Zuteilungspolitik. Einzelne Kommunen und Länder dürfen dabei nicht überlastet werden. Prioritär ist dabei der verfügbare Wohnraum zu betrachten. Ein finanzieller Ausgleich nach der Leistungskraft der einzelnen Länder bzw. dem Königsteiner Schlüssel, hat nachgelagert zu erfolgen.

Verantwortung in Europa

Um der kontinentalen bzw. föderalen Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es internationaler Anstrengungen. Dabei ist uns bewusst, dass deren Entwicklung nicht allein von Deutschland abhängt. Wie Bundeskanzlerin Merkel in einem Fernsehinterview Anfang Oktober bemerkte, sind dazu zahlreiche Faktoren, wie z. B. die Entwicklung in der Herkunftsstaaten oder die Zusammenarbeit mit unseren außereuropäischen Partnerstaaten und Institutionen zu berücksichtigen.

Deshalb fordert die JU BL allem voran ein einheitliches Asylrecht auf EU-Ebene zu schaffen, welches auch eine Quotenregelung und die Festsetzung vergleichbare Asylstandards miteinschließt. Hierbei müssen auch die Regelungen zum Familiennachzug Berücksichtigung finden.

Es darf nicht der Anreiz sein, Deutschland zu erreichen. Der Anreiz muss lauten, ein sicheres Aufnahmeland zu erreichen. Dazu befürworten wir die von der Bundesregierung beschlossenen ersten Maßnahmen im Hinblick auf vorübergehenden Grenzkontrollen, um schrittweise zu einer geordneten Asylpolitik zurückzukehren. Die Bundespolizei und die Polizeien der Länder sind dabei personell und mit Einsatzmitteln in die Lage zu versetzen, die Wahrung der deutschen Außengrenzen sicherzustellen.

Gemeinsam mit Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der EU) sind darüber hinaus Lösungen für die Sicherung der europäischen Außengrenzen verstärkt in den Fokus zu rücken und personell effizient auszustatten. Europa muss sich hier als das beweisen, was es im eigentlichen Sinne ist, eine Gemeinschaft.

Globale Verantwortung

Ohne internationale Kooperationen ist jedoch die Lage insgesamt nicht lösbar. Es ist zu begrüßen, dass die Vereinten Nationen auf ihrer jüngsten Vollversammlung sich dem Thema angenommen haben. Jetzt müssen Taten folgen.

Die symptomatische Behandlung ist nicht nachhaltig genug, um adäquat auf die Herausforderungen zu reagieren. Daher fordert die Junge Union die Bundesregierung auf, in internationaler Zusammenarbeit eine wirksame Lösungsstrategie zur Ursachenbekämpfung zu entwickeln. Neben einer wirkungsvollen Entwicklungshilfe, darf zur Erfüllung unserer Verantwortung, ein militärisches Eingreifen nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Die Rolle der Bundeswehr in der Europäischen Gemeinschaft muss indes gestärkt werden.